

Band 44

Demographie und gesellschaftlicher Wandel

INHALTSVERZEICHNIS

VORTRÄGE UND DISKUSSIONEN

ECKART JOHN VON FREYEND

Eröffnung. 7

PAUL KIRCHHOF

Ist unsere Gesellschaft hinreichend zukunftsfähig? 11

CLAUS LEGGEWIE UND HEINZ BUDE

Altes Europa – Junges Amerika: Welche Werte und Normen
steuern die Demographie? 21

DIETER HEUSKEL UND HEINZ KLINKHAMMER

Die Rolle der Unternehmen im demographischen Wandel 49

RENATE SCHMIDT

Familienpolitische Konzepte im Spektrum der Politik. 85

WOLFGANG SCHÄUBLE

Demographie und Nachhaltigkeit. 99

THOMAS LÖFFELHOLZ

Bilanz des Kolloquiums 113

ANHANG

Referenten. 150

Teilnehmer. 158

Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung. 168

Gremien der Walter-Raymond-Stiftung. 182

Thomas Löffelholz
Bilanz des Kolloquiums

Auf den folgenden Seiten wird versucht, eine Bilanz der intensiven Diskussionen des 42. Kolloquiums der Walter-Raymond-Stiftung zu ziehen. Die Verlässlichkeit der demographischen Prognosen, die Bedeutung und Risiken einer alternden Bevölkerung für Innovation, Wirtschaftskraft, Sozialsysteme beherrschten die zweieinhalbtägigen Gespräche. Hohe Erwartungen, aber auch Zweifel wurden gegenüber den Strategien geäußert, die die „Überalterung“ der Gesellschaft bremsen könnten. Von der ersten Rede bis zum letzten Diskussionsbeitrag spielten die Zusammenhänge zwischen Familien-, Bevölkerungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik eine wichtige Rolle. Der folgende Bericht schildert die Diskussionen nicht chronologisch. Er versucht, die Anregungen, Fragen, Stellungnahmen nach Schwerpunkten zu gruppieren.

113

„Unser Bevölkerungs- und Produktionswachstum ist ein Wachstum zum Tode“, diagnostizierte vor 32 Jahren der Club of Rome. „Grenzen des Wachstums“, das traf Stimmung und Ängste jener Tage. Inzwischen haben wir ganz andere Sorgen: Die Deutschen, die Europäer, ja, die Bewohner aller reichen Länder – mit Ausnahme der USA – gehören einer alternden, um nicht zu sagen aussterbenden, Spezies an. Und weil sie vergeisen – so fürchten die Pessimisten –, werden ihre Gesellschaften nicht nur ihren Einfluss und ihre Anziehungskraft in der Welt verlieren, sondern die eigene ökonomische, soziale und vielleicht sogar politische Basis. Werden alternde Gesellschaften ihre Traditionen und Kultur gegenüber den dynamischen, aufstrebenden, jungen Völkern anderer Kontinente verteidigen können, ja, werden sie es überhaupt noch wollen?

Der Stimmungsumschwung wirkt unreal, denn der Club of Rome hat ja nicht rundum geirrt: Auf dem „Raumschiff Erde“ leben heute zwei Milliarden Menschen mehr als 1972 – das ist ein Zuwachs von 50 %. Und noch einmal drei Milliarden werden bis 2050 dazukommen. Die überwältigende Mehrheit der Menschen lebt zudem in armen Ländern. Sie fordern ihren Anteil am Reichtum dieser Erde. Klimaschutz und die nachhaltige Nutzung der Ressourcen stehen deshalb immer noch hoch oben auf der Tagesordnung.

Und doch hat die demographische Wende alle Kontinente erfasst. Die Geburtenraten sinken auch in der Dritten Welt – in den meisten Ländern sogar dramatisch. In Brasilien beispielsweise bekommt eine Frau im Schnitt nur noch 2,3 Kinder. Vor 50 Jahren schenkte ihre Mutter noch mehr als sechs Babys das Leben. Es gibt inzwischen sogar unter den armen Staaten einige, in denen weniger Kinder geboren werden als nötig, um langfristig die Bevölkerung stabil zu halten. Wir nehmen diese dramatische Wende in der Dritten Welt noch nicht wahr, weil sie von zwei gegenläufigen Entwicklungen überdeckt wird: Zum einen steigt in den armen Regionen die Lebenserwartung besonders stark, die Menschen bleiben länger auf der Erde, und zum anderen sind Milliarden Menschen in der Dritten Welt blutjung. Sie alle werden erst noch Kinder haben.

Doch diese Fakten werden die sinkende Geburtenrate auf Dauer nicht überspielen. Und deshalb bleibt die Prognose: „Global Aging“ (globale Alterung) heißt die neue Herausforderung, nicht „Wachstum zum Tode“.

Über die Größe der Gefahr

Fragen wir in diesem Bericht über das Kolloquium zunächst: Ist es ein unabänderlicher Fakt, dass die Gesellschaft vergeist? Was kann, soll oder muss die Politik tun, um die Entwicklung aufzuhalten oder wenigstens zu bremsen? Werden Mitte dieses Jahrhunderts nur noch 75 oder gar nur 68,5 Millionen Menschen in Deutschland leben?

Dass Überalterung die neue Herausforderung für die reichen Länder ist, war in dem Kolloquium unbestritten. Paul Kirchhof hatte in den ersten Minuten der Tagung die Überalterung „das fundamentale Problem für unsere Zukunft“ genannt und Wolfgang Schäuble erklärte als letzter Referent: „Von allen Problemen, die wir in Deutschland haben, ... ist es das größte und wahrscheinlich das, wo am schwersten Abhilfe zu schaffen ist.“ Auch in den Diskussionen befanden Teilnehmer immer wieder: „Das demographische Problem ist das Problem Nummer eins.“

Allerdings bewerteten nicht alle Referenten und Redner die Lage so dramatisch. Heinz Bude, der Soziologe, kündigte in seinem Vortrag an, er wolle die Teilnehmer eher beruhigen. Demographische Prognosen seien nicht so unerschütterlich, wie sie zu sein schienen. 1950 beispielsweise wusste man nichts über den Babyboom der fünfziger und sechziger Jahre, nichts über den Zuzug ausländischer Arbeitskräfte, vor allem aber nichts über die Pille. Bis heute prägen diese tief greifenden Veränderungen die Demographie.

Und genauso kennen wir auch, so ergänzten Redner in der Diskussion, „wichtige Determinanten der künftigen Entwicklung der Bevölkerung nicht oder nicht klar“. Es fehlten Erkenntnisse über die Migrationsströme und man wisse auch wenig darüber, wie sich das Konsumverhalten, das Sparverhalten und das Erwerbsverhalten von Menschen verändere. Dieter Heuskel, der Unternehmensberater, sah dies ähnlich: Die Öffentlichkeit betrachte jedwede demographische Konstellation als großes Problem. Häufig komme es dann anders.

Gründe für die Alterung

Allerdings hat die Zuversicht Grenzen. „Eine rasche Korrektur der unerwünschten Entwicklung“ – also des Alterungsprozesses – werde es nicht geben (Leggewie). Das akzeptieren auch die „Optimisten“. Denn die beiden fundamentalen Veränderungen – Pille und verlängerte Lebenserwartung – bestimmen seit einem halben Menschenleben die Entwicklung. Sie haben nicht nur in den Köpfen und in der Gesell-

schaft, sondern auch in der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung Spuren hinterlassen: Die Generation, die in diesen Jahren in das Alter kommt, in dem man eine Familie gründet und (vielleicht) Kinder hat, ist viel kleiner, als die Generation der auch nur etwas Älteren. 2004 feiern in Deutschland 715.000 Frauen ihren 40. Geburtstag; aber nur 455.000 werden 30 Jahre alt. Und für die Mädchen, die 2004 ihren zehnten Geburtstag feiern, brauchen die Mütter gerade noch 384.000 Geburtstagstische zu decken.

Mit dem Ergrauen abfinden

An diesen Daten wird sich nichts Fundamentales ändern, noch nicht einmal durch eine massive Zuwanderung. Deshalb rieten die Sozialwissenschaftler der Politik, sich mit dem „Ergrauen der Gesellschaft“ abzufinden und „das Beste daraus zu machen“. Dabei dürfe nicht die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die 50-, 60- und 70-Jährigen ihren Lebensabend gestalten, sondern wie man erreichen könne, dass in einer alternden Gesellschaft wieder mehr Kinder geboren werden (Leggewie).

Nun wird es Jahrzehnte dauern, bis steigende Geburtenzahlen wieder für eine gewisse Balance zwischen Kindern, Erwerbstätigen und Alten führen, und auch das nur, wenn zuvor eine Wende gelungen sein wird. Lange vorher aber werden unsere real existierenden Sozialsysteme in der überalternden Gesellschaft an ihre Grenzen stoßen. Die hektische Reformdebatte dieser Tage zeigt, dass die demographischen Herausforderungen die Tagespolitik erreicht haben.

Jahrelang hatte man sie mit Beschwörungsformeln – „Die Renten sind sicher“ – vor sich her geschoben. Inzwischen drohen die Renten- und Krankenkassenbeiträge zu explodieren; soziale Leistungen werden auf den Prüfstand gestellt. Die Säulen sozialer Sicherheit wanken und damit gerade jene Elemente der Politik, auf die man in Deutschland und Europa stolz war – gerade, wenn man das eigene Land mit der „sozialen Kälte“ der USA verglich. Dabei sind die akuten Probleme nur ein Vorspiel der langfristigen demographischen Herausforderungen. Denn

derzeit stehen noch die stärksten Jahrgänge im Berufsleben. Und nur weil massive Arbeitsmarkt- und Wachstumsprobleme die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft verstärken, ist der Reformdruck heute schon groß. Zuviel Zeit sei – so klagten Diskussionsteilnehmer – schon verloren.

Beginnen wir diese Bilanz trotzdem nicht mit der akuten Frage, wie die Politik den drohenden Kollaps des Sozialstaates verhindern kann. Denn so notwendig die Reform des Rentensystems, der Arbeitsmärkte, des Bildungssystems und die stärkere Nutzung vorhandener Potenziale auch sind, nachhaltig werden nur höhere Geburtenraten die demographischen Probleme lösen (Schäuble).

Kinder nicht nur der Rente wegen

Einige Redner fragten aber noch grundsätzlicher: Warum bewerten die Referenten die Bevölkerungsentwicklung – also die Alterung der Gesellschaft – so negativ? Wo sind die Maßstäbe? Die Erhaltung von Sozialsystemen kann nicht die Wertekriterien für Familie und Kinder liefern. Dass ein Rentensystem zusammenbricht, ist eine berechtigte Angstvorstellung. „Aber es kann nicht sein, nur um der Erhaltung der Systeme willen Familien zu fördern.“

Heinz Bude hielt dagegen: „... in gewisser Hinsicht ist ja das Kinderkriegen eine Art von Selbstverpflichtung in Bezug auf einen Zustand der Welt, der über einen hinausgeht; ... ein Selbstzweck, der in sich auch eine Art Weltzweck darstellt. Das wird fast theologisch. Aber ich glaube, dass darin einer der Gründe liegt.“ Am Ende aber stellte er dann fest: „Man kriegt letztlich ein Kind, weil man ein Kind kriegt.“

Claus Leggewie stimmte zu: „Kinder sind ein Selbstzweck. Man bekommt sie – bevor man darüber nachdenkt, dass Kinder der wirtschaftlichen Entwicklung zugute kommen. Familie darf nicht in einer direkten oder indirekten instrumentellen Abhängigkeit von Rentenproblematik und dergleichen stehen.“

Kinder sind eben nicht nur potenzielle Steuer- und Beitragszahler von morgen. „Das Bedrückendste der alternden Gesellschaft liegt im geistig-seelischen Bereich. In einem Land, wo Kinderlachen fremd wird“, mahnte ein anderer, „und wo man sich auf Kinder nicht mehr richtig einstellen kann, da lebt man nicht mehr gut. Das ist kein gutes Land, das hat keine Zukunft.“

Warum eine Umkehr so schwierig ist

Richten wir also den Blick, ehe wir über Renten und Rentner und Krankenkassen nachdenken, zunächst auf die Kinder. Inwieweit ist es eine unabänderliche Tatsache, dass heutzutage weit weniger Kinder geboren werden, als für eine nachhaltige Entwicklung der Bevölkerung nötig sind? Ist eine Wende zu mehr Kindern möglich und in Sicht?

Dass sie außerordentlich schwierig ist, wurde in den Diskussionen klar. Da ist zunächst die bereits erwähnte Tatsache, dass auf viele Jahre hin sehr viel weniger Frauen ins gebärfähige Alter kommen – also Mütter werden können – als bisher. Dies ist der unabänderlichste jener Faktoren, die die demographische Entwicklung bestimmen. Weniger Mütter, weniger Kinder – eine plausible Gleichung. Dazu treten aber andere Fakten, die kaum weniger Gewicht haben: „Zum ersten Mal müssen sich unsere Generationen bewusst für Kinder entscheiden“, während die vielen Kinder, die in den Ländern der Dritten Welt geboren werden, doch nicht allesamt geplante Kinder sind (Schäuble).

Aber damit sind die Gründe des demographischen Wandels noch nicht erschöpft. Zu den verblüffenden Wahrheiten gehört, dass sich – der niedrigen Zahl der geborenen Kinder zum Trotz immer noch oder wieder – die überwältigende Mehrheit auch der jungen Menschen in Deutschland Kinder wünscht: 80 % bekennen sich dazu. Nur sind offenbar die Hürden genauso hoch, an denen der Wunsch nach Kindern scheitert.

In erster Linie ist da die Tatsache, dass Frauen inzwischen Bildungs- und Berufsziele haben, die sich mit der Erziehung von Kindern nicht rei-

bungslos in Einklang bringen lassen. Das beginnt bei der Lebensplanung: „Wenn Frauen sagen können, nein, jetzt noch nicht, und jetzt noch nicht und dann ist man irgendwann Mitte 30 und sieht: Jetzt wird es aber dann doch Zeit, dann hat das gewaltige Auswirkungen auf die Demographie“ (Schäuble). Kinder werden später geboren, und das heißt fast logisch: Es werden auch weniger Kinder geboren. Dies ist die erste Konsequenz, wenn Bildungs- und Berufswünsche gleichzeitig zu erfüllen sind.

Obendrein wächst aber gerade bei gut ausgebildeten Frauen das Bewusstsein für die Kosten des Wunsches nach Kindern. Kinder beanspruchen Einkommen und Zeit und kosten in Zukunft noch mehr. Und sie sind umso „teurer“, je höher das Einkommen der Frau ist: Die „Opportunitätskosten“ steigen, betonten Teilnehmer. Und außerdem nähmen Frauen, die besonders qualifiziert sind, Kinder und Kinderbetreuung besonders ernst. In vielen Fällen verzichtet man am Ende ganz auf Kinder, weil Beruf und Familie zu schwer zu vereinbaren sind, vor allem für beruflich erfolgreiche Frauen. Immer wieder wurde in der Diskussion unterstrichen, dass über 40 % der Akademikerinnen keine Kinder haben, mit bedenklichen Folgen auch für die nachfolgenden Generationen.

Ersetzt der Wohlfahrtsstaat die Familie?

Die Voraussetzungen für die Entscheidung gegen das Kind hat – so meinten einige Redner kritisch – der Wohlfahrtsstaat geschaffen, indem er „die Illusion erzeugte, man könne auf Familien, auf kinderreiche Familien weitgehend verzichten. Jetzt stellt man plötzlich fest, dass diese Systeme nicht mehr finanzierbar sind.“ Hat der Sozialstaat, der konkret existierende, nicht dazu beigetragen, dass „die Familie in einem derart negativen Zustand ist“? Indem er Zukunft und Sicherheit des Einzelnen von der Frage löste, ob die Familie und die Kinder später für ihn oder sie sorgen, hat er die Bedeutung der Familie verändert.

Das hat aber auch Vorteile. Es macht vor allem Frauen freier, über ihr Leben zu entscheiden. In der Dritten Welt ist es eine der wichtigsten

Strategien, um die Bevölkerungsexplosion einzudämmen, die Zukunft des Einzelnen von der Zahl der Kinder abzukoppeln. Hier liegt, so Bude, die zentrale Botschaft der Entwicklung einer marktwirtschaftlichen Struktur in Schwellenländern. Man ermöglicht Frauen, im Erwerbsleben Fuß zu fassen und entsprechende gesellschaftliche Strukturen zu schaffen. „Wir haben hier latente Matriarchatstrukturen in der allgemeinen Entwicklungspolitik, dagegen wirkt ein Scheichmodell plötzlich merkwürdig dünn.“

In den reichen Staaten zeigt sich freilich inzwischen die Kehrseite. Der moderne Sozialstaat hat dem Einzelnen die Risiken des Alters und der Krankheit abgenommen. Die „heftigen Risiken, die mit dem Kinderkriegen verbunden sind“, also die ökonomischen und finanziellen Lasten, seien nicht rechtzeitig abgesichert worden. Mit der Konsequenz, dass die Balance zwischen Alten und Jungen verloren gegangen sei.

Zukunftsängste und Kinder

Dazu kommt eine andere Tatsache: Zukunftsängste und soziale Unsicherheit haben zugenommen. „Kinder aber verlangen lange Perspektiven.“ Das gesellschaftliche Leben verändere sich schneller und schneller, die Menschen würden flexibler und unberechenbarer. Erst wenn eine Gesellschaft wieder Beständigkeit, Solidität und lange Dauer, auch Beharren – nicht nur das Bewahren der Bäume, sondern auch das Bewahren gesellschaftlicher Standards – zu schätzen beginne, würden wieder mehr Kinder geboren, vermutete ein Redner.

„Ich habe mich die zwei Tage lang gewundert, wie leichthin alle sagen, dass wir eine Verhaltensänderung brauchen. Doch menschliches Verhalten ist so schwer zu verändern.“ Ermutige denn der dramatische gesellschaftliche Wandel in den letzten Jahrzehnten und ermutigten die Erfahrungen, die man mit Gesellschaft und Wirtschaft gemacht habe, dazu, Familien zu gründen oder Kinder zu bekommen? Heute fordere man Elite-Universitäten, vor ein paar Jahren habe die Politik entschieden, dass man für das Abitur keine Mathematik brauche. Bei solchem

politischen Hin und Her könne man sich nicht wundern, dass die nachwachsenden Generationen keine Kinder in die Welt setzen wollten.

Die eher optimistischen Sozialwissenschaftler stimmten einem derart skeptischen Urteil nicht zu. Ihr Votum aber war – wenn auch mit anderer Stoßrichtung – ähnlich kritisch: Man habe den Standort „Bundesrepublik“ in den letzten fünf bis zehn Jahren systematisch schlecht geredet. Dies habe auf die 20-, 25-, 30-Jährigen katastrophale Wirkungen. „Es wird sie nicht animieren, die Ärmel hochzukrempeln“ (Leggewie).

Die Familie – neu entdeckt

Heinz Bude, der – aus der Sicht des Soziologen – schon in seinem Referat eine „stille, aber irreversible Revolution zum Guten hin“ ausgemacht hatte, warnte allerdings auch in der Diskussion, aus der schlechten Stimmung und der schwierigen Lage der Sozialsysteme zu pessimistische Schlüsse zu ziehen.

In seinen Augen hat die jüngere Generation – gerade weil die wohlfahrtsstaatliche Politik eine Quelle von Unberechenbarkeit geworden sei – die Familie wieder entdeckt. Ein „Rückzugsmotiv“, ein „defensives Motiv“ sei hier am Werk. Weil man sich auf die öffentlichen Sicherungssysteme nicht mehr verlassen könne, suche man nach einem natürlichen Sicherungssystem. Das sei die Familie, das seien familienähnliche Strukturen. Not lehrte nicht nur beten, so ein anderer Redner, sie führte vielleicht auch zu einer Neuentdeckung der Familie. Man verlasse sich nicht mehr allein auf Vater Staat, sondern betreibe eigene, private Daseinsvorsorge im Rahmen einer Familie. Es gebe wieder ein eigenständiges Bindungsmotiv, bestätigte Bude, eine Suche nach einer Beziehung von unkündbarem Charakter.

Dies wirkte recht kühn, denn seit geraumer Zeit würden ja – so Claus Leggewie – sowohl in den USA als auch in Deutschland Phänomene registriert, „die als Tod oder Ende der Familie gedeutet werden. Die Zunahme von Scheidungen und Trennungen, Alleinerziehenden, Single-Haushalten und so fort.“

Dies alles widerlege nicht, wehrt Bude ab, dass die Familie im Aufwind sei. Man müsse Scheidungen und Wiederverheiratungen zusammen sehen. Es gebe ein „Bindungsinteresse“, eine merkwürdige „Dialektik von Wählen und Gewähltwerden“. Neuartige soziale Netzwerke entstünden und diese relativ stabilen Sekundärsysteme genossen hohen Zuspruch. Dabei gebe es Hinweise, dass die Kinderbeziehung wichtiger sei als die Partnerbeziehung, besonders in Mittelschichtfamilien. Die Beziehung zu Kindern habe einen unkündbaren Charakter. Dass in den skandinavischen Ländern und in Frankreich mehr Ehen geschieden werden und doch mehr Kinder zur Welt kommen, könnte die These stützen, dass sich inzwischen die Familie stärker über die Kinder definiert als über den Ehepartner.

Auch Renate Schmidt glaubt, dass die Familie heute in Deutschland einen „wesentlich höheren Stellenwert (hat) als in den angeblich so heilen fünfziger Jahren“. Damals hätten auf die Frage, wie wichtig ihnen Familie sei, 50 % geantwortet: sehr wichtig und wichtig. Heute seien es 90 % und bei den jungen Menschen immer noch rund 80 %. In Zeiten hoher Verunsicherung suchten Menschen nach einer Institution, in der sie sich geborgen fühlen.

Kinder und Eltern – nicht an einem Tisch

Allerdings berichtete die Familienministerin auch über Fakten, die einen Schatten auf die heile Familie der Jahrtausendwende werfen: Eine Untersuchung in Bremen ergab, dass 24 % der Kinder nicht mehr mit ihren Eltern regelmäßig um einen Tisch saßen, um zu essen, und zehn Prozent es noch nie erlebt hätten, dass zu Hause eine Mahlzeit gekocht worden sei. Deshalb sei zu prüfen, ob Daten aus den „heilen fünfziger Jahren“, als Ehe und Familie selbstverständlich waren, dasselbe sagen, wie Daten aus einer Zeit, in der dies nicht mehr so ist und in der obendrein die sozialen Sicherungssysteme in Gefahr geraten.

Bude sah aber noch andere gute Zeichen: „Die Großfamilie nimmt in der Gegenwart zu. Die Kleinfamilie war der Normalfall in der Geschichte. Erstens weil die Leute nicht so alt wurden und zweitens weil

sie unter hohem Mobilitätswang standen. Wir haben einen tendenziell zurückgehenden Mobilitätswang und die Leute werden älter. Wir haben eine Erweiterung von Generationen, die aber nicht alle unter einem Dach leben. Dies gibt neue Bindungspotenziale.“

Auch hier wäre freilich zu untersuchen, ob die „Großfamilie“ heute ähnliche Funktionen hat wie die Großfamilie von einst, die unter einem Dach lebte. Doch wie immer dem sei: Auch Renate Schmidt warnte vor einer allzu pessimistischen Einschätzung: 78 % der Kinder „wachsen in einer ‘stinknormalen’ Familie – leiblicher Vater, leibliche Mutter und eventuelle Geschwister – auf“. Wobei sie – genau wie Bude – akzeptierte, dass sich das Bild der Familie ändere. Für andere Lebensmodelle – die Ehe ohne Trauschein, aber auch allein erziehende Mütter oder Väter – müsse es die gleichen Möglichkeiten geben. „Politik hat nicht zu entscheiden, wie Menschen leben sollen.“

Bude hatte in gleichem Sinne gewarnt, dass man – auch wenn die Familie für die Menschen wieder wichtiger werde – politisch keine Familienpolitik in einem „antiindividualistischen Gewande“ durchsetzen könne. Man müsse das Selbstverwirklichungsmodell der Bürger unterstützen, wenn man die Familie stärken wolle, und dabei auch neue Formen akzeptieren.

Es fehlen Kinder, aber Kinder sind „in“

Aber dies ist – so Bude in der Diskussion – noch nicht alles: Es gebe Entwicklungen, die darauf hindeuteten, dass für manche prominente Frauen „Kinderkriegen eine Art von narzisstischer Vervollkommenung einer allseits entwickelten Persönlichkeit ist“. Das werfe andere Probleme auf: Denn dann gehe es nicht ums Kind, „sondern es geht um eine bestimmte Idee von Weiblichkeit – wie wir bei Models sehen“. Es sei „in“ Kinder zu kriegen. Es sei eine gewisse Anerkennungschance, es sei nicht „out“. Also bekomme man jetzt Kinder. „Offen bleibt, ob dies nur Vervollkommenungsinteressen sind oder nicht doch eine Art von Bindungsinteresse.“

Die These, dass es ein neues Bindungsinteresse gebe, wurde allerdings auch bezweifelt. Und dabei gehen die Skeptiker von der Tatsache aus, dass – auch wenn die Sozialwissenschaft neue Bindungsformen entdeckt – die alten bröckeln: Die Erstheiratsziffer ist seit den sechziger Jahren um 40 % gesunken, die Zahl der Scheidungen hat sich vervielfacht. Wir hätten ein abnehmendes Maß an Bindung, diagnostizierte deshalb Wolfgang Schäuble. Und als Unternehmensberater beklagte Dieter Heuskel eine nachlassende Bindungsfähigkeit, die sich „in der Ehe, in partnerschaftlichen Beziehungen, Scheidungen, Neuanfang etc.“ zeige, die aber auch die Wirtschaft erfasse. Namen und Eigentümer wechselten ständig, im Mittelstand werde die Nachfolgefrage immer wichtiger und schwieriger und sei zum Teil nur zu lösen, indem man mittelständische Firmen an die Börse bringe. Ein „dramatischer Transformationsprozess findet in diesen Monaten und Jahren statt“.

Die Statistik merkt noch nichts

124

Jene, die Zweifel an einem neuen „Bindungsinteresse“ haben, können auf die nüchternen Zahlen des Statistischen Bundesamtes verweisen: Die Zahl der Neugeborenen spiegelt bisher ein wachsendes Interesse an Kindern nicht wider. Und – mag es auch Belege dafür geben, das Kinderkriegen „in“ ist, wenn man auf Stars und Models schaut – die allgemeine Geburtenstatistik ist ernüchternd. Die Zahl der Geburten ist auch in den letzten Jahren in Deutschland deutlich gesunken.

Das beweist nicht, dass sich nicht in den Köpfen tatsächlich ein Wandel vollziehen und die Bereitschaft wachsen mag, sich zu binden. Wenn dies so ist, dann sind aber derzeit offenbar die Bedenken und die Hindernisse, Kinder in die Welt zu setzen, größer. „Auch die Zukunftserwartung – also Zuversicht oder Angst – steuert die Geburtenrate.“ Früh schon hat man festgestellt, dass es Konjunkturaufschwünge gab, wenn Leute Kinder bekamen. Zuversicht und Kinderfreudigkeit hängen zusammen.

Wen die Angst umtreibe, ob er im nächsten Jahr noch einen Arbeitsplatz habe, der werde nicht ausgerechnet jetzt ein Kind bekommen,

räumte auch die Familienministerin ein. Die hohe Arbeitslosigkeit begrenze die Zuversicht. In Schweden seien – als eine Wirtschaftskrise begann – viel weniger Kinder geboren worden, während in Frankreich umgekehrt – als dort ein Aufschwung einsetzte – die Geburtenrate noch einmal zugenommen habe.

Derzeit fehlt – angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung und der Reformmängste – Zuversicht. Einige Redner kritisierten, die Politik habe durch eine chaotische Reformdiskussion und Unentschlossenheit ein Klima der Unsicherheit gefördert. Als Beispiel wurde immer wieder die Diskussion um die Ausbildungsabgabe genannt. Wenn nicht genügend ausgebildet werde, obwohl qualifizierte Arbeitskräfte fehlten, habe auch das mit fehlender Zukunftsgewissheit zu tun. Renate Schmidt widersprach. Gleichgültig, ob die Ausbildungsabgabe das richtige Instrument sei oder nicht: Eine Diskussion um die Ausbildung könne man nicht für die mangelnde Zuversicht in der Gesellschaft verantwortlich machen; sonst müsse man auch fragen, ob die Diskussion um Studiengebühren die Zuversicht erhöhe.

125

Als Fazit der Diskussion blieb: Auch wenn es ernsthafte Hinweise gibt, dass junge Menschen in einer unsicheren Welt wieder nach „unkündbaren Bindungen“ suchen und sich Kinder und Familie wünschen, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedenken überlagern derzeit solche Entwicklungen. Eine Wende ist nicht in Sicht.

Familienpolitik – in oder out?

In der Diskussion wurde deshalb allerdings auch die Frage aufgeworfen, ob jenes Vertrauen in die Chancen einer neuen Familienpolitik, das bei vielen Rednern durchklang, politisch gerechtfertigt sei. „Gibt es für Familienpolitik in dieser Gesellschaft überhaupt eine zu Mehrheiten führende Klientel?“, fragte ein Teilnehmer provozierend. Gäbe es sie, müsste doch niemand jene „merkwürdige“ Idee aufbringen, man müsse den Eltern bei Wahlen die Stimmen ihrer nicht stimmberechtigten Kinder zuordnen.

Die Sozialwissenschaftler widersprachen energisch. „Mit Familienpolitik kann man mittlerweile Wählerstimmen gewinnen. Das machen grandios die Grünen vor“ (Bude). Leggewie sekundierte: „Familienpolitik ist das Thema überhaupt. Sie ist das berühmte Querschnittsthema, um bestimmte Selbstblockaden im politischen System aufzubrechen. Ein schwarz-grünes Thema, ein Modell, das in der Gesellschaft ausgeprägt ist. Diese Konstellation würde die Bundesrepublik am ehesten aus ihrer Sklerose befreien, aber die Parteiapparate werden sich mit Sicherheit nicht verständigen.“

Dieser letzte Hinweis weckt freilich auch Zweifel, ob die Familie als Gegenstand der realen Politik schon so ernst genommen wird, wie es die Sozialwissenschaftler wünschen und diagnostizieren. Der Streit um die Zuwanderung, aber auch über Energiepolitik wiegt für die potenziellen schwarz-grünen Partner ganz offenkundig schwerer als die mögliche Nähe in der Familienpolitik. Und doch: „Eine vernünftige Familienpolitik ist für die Zukunft so wichtig wie mehr Investitionen in Innovation, in Forschung, in Bildung“ (Schmidt).

Die Wende ist möglich

Auch wenn die meisten Redner die Überalterung der Gesellschaft als Bedrohung empfinden, sahen nur wenige hierin ein unabwendbares Schicksal, einen „säkularen Entwicklungspfad, gegen den man gar nichts tun kann“. Nein, die Grundüberzeugung war: Man kann etwas ändern. In den Augen der Sozialwissenschaftler zeigt der Blick auf Frankreich, auf die skandinavischen Staaten und auf die USA, dass die Politik dem Trend zu immer weniger Kindern nicht hilflos ausgeliefert ist. Manche Teilnehmer freilich warnten: Die Erfolge seien eher bescheiden und zufällig. Und auch die Optimisten räumten ein, dass es schwer sein werde, zu den Geburtenraten früherer Jahrzehnte zurückzukehren.

Aber das will man in einer der am dichtesten besiedelten Regionen der Welt auch nicht. Wolfgang Schäuble hatte – obwohl er das Problem der Überalterung sehr betonte – die Frage, ob 40 oder 60 oder 80 oder

100 Millionen Menschen in Deutschland leben, als eher sekundär bewertet. Nicht die absolute Zahl, sondern das Verhältnis von Jüngeren und Älteren sei für die Nachhaltigkeit und Stabilität einer Gesellschaft entscheidend.

Fernes Vorbild USA

Den eindeutigsten Beleg dafür, dass Überalterung nicht Schicksal ist, liefern die USA. Dort wird das Durchschnittsalter der Bevölkerung in den nächsten Jahrzehnten kaum steigen. Die Zahl der Amerikaner nimmt – so die Prognosen – auf eine halbe Milliarde zu. Dazu trägt die starke Zuwanderung bei, aber doch auch eine relativ hohe Geburtenrate. Das heißt: Kinderreichtum und eine hoch entwickelte Industriegesellschaft schließen offenkundig einander nicht aus.

Die Unterschiede zwischen den „jungen“ USA und dem „alten Europa“ sind freilich zu groß, als dass man die Erfahrungen einfach übernehmen könnte. Die USA waren immer ein Einwanderungsland und sie haben andere demographische Strukturen. So ist der Anteil der kinderreichen Hispanics an der amerikanischen Bevölkerung hoch und er wächst so schnell, dass er manchen in den USA inzwischen als Bedrohung der protestantisch-europäisch geprägten amerikanischen Kultur gilt. Die USA profitieren aber auch von einer (optimistischeren) Grundeinstellung zum Leben, die ausgeprägte familiäre und parafamiliäre Netzwerke entstehen lässt, aber auch von der für die USA typischen Selbsthilfe und Eigeninitiative und schließlich vom starken Einfluss der Religionen.

Die religiöse Entwicklung sei, so meinte Claus Leggewie, einer der wesentlichen Unterschiede zwischen amerikanischer und europäischer Gesellschaft – wenn man die Geburtenrate betrachte. Dabei sei die amerikanische Gesellschaft eher religiöser geworden, „übrigens nicht nur die christlichen Religionsgemeinschaften in den USA, sondern alle Religionsgemeinschaften“. Und religiös gebundene Menschen neigten dazu, ihre Partnerschaft als eine zu verstehen, „deren Ziel auch die Zeugung und Erziehung von Kindern ist“. All dies macht deutlich:

Amerika kann kaum die Blaupause für eine kinderfreundliche Politik in Europa liefern.

Familienpolitik – wie in Frankreich

Dagegen sahen die meisten Teilnehmer Frankreich und die skandinavischen Länder als Vorbilder für eine veränderte deutsche Familienpolitik. In Frankreich hat sich die Geburtenrate innerhalb relativ kurzer Zeit erhöht (Leggewie), obwohl sie schon in den Jahrzehnten zuvor höher war als in Deutschland. In den anderen Staaten, die immer wieder als beispielgebend erwähnt wurden – vor allem in den skandinavischen Ländern – ist dagegen eine klare Wende zu mehr Kindern bisher nicht erreicht. Allerdings sind die Geburtenraten dort nie so tief gesunken wie in Deutschland. Sie verharren in den letzten 25 Jahren bei etwa 1,5 Kindern pro Frau.

„Was machen die skandinavischen Länder oder Frankreich oder die Benelux-Staaten oder was macht Großbritannien anders als wir?“, fragte Renate Schmidt. In diesen Staaten gebe es keine besonders hohe finanzielle Förderung der Familien. „Aber die Kinderbetreuungsmöglichkeiten, und zwar für alle Altersgruppen, sind deutlich besser“, und sie seien in den letzten Jahren ausgebaut worden.

Kindergärten, Ganztagschulen

Wo eine kinderfreundliche Politik ansetzen muss, war also kaum umstritten. Frauen müssen den – vielleicht sogar wachsenden – Wunsch nach Bindung, Familie und Kindern mit dem Wunsch nach Berufstätigkeit – und damit auch nach einer gewissen Unabhängigkeit – verbinden können.

Hier denkt die Wirtschaft genau wie die Familienpolitikerin: Die Zahl der Erwerbsbevölkerung im Alter von 20 bis 50 Jahren wird in den nächsten 15 Jahren um 20 % sinken. „Wir brauchen eine höhere Erwerbstätigkeit der Frauen.“ Die jungen Frauen in Deutschland sind her-

vorragend ausgebildet. „Wir können es uns nicht leisten, dieses Erwerbspotenzial links liegen zu lassen oder nicht optimal zu nutzen.“

Dass die Politik in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder die falschen Prioritäten gesetzt habe, nämlich „zu Lasten von Kinderkrippen, von Betreuung und Ähnlichem“, beklagte nicht nur die Familienministerin, sondern die meisten Redner. Man müsse für die Unter-Dreijährigen wenigstens eine Versorgung mit Kita-Plätzen von 20 bis 25 % erreichen. Dies würde Menschen, so die Familienministerin, die nicht arbeiten können, weil sie keine vernünftige Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder haben, aus Sozialhilfe und Arbeitslosigkeit herausholen. Auch bei Ganztagskindergärten sei in den letzten 30 Jahren viel zu wenig geschehen. Schließlich müssten schneller Ganztagssschulen entstehen. Die Bundesregierung wolle niemanden zwingen, seine Kinder in Ganztagssschulen zu schicken, aber sie wolle einen Impuls geben, „damit das vorwärts geht“.

Die Wirtschaft applaudierte. Ganztagsbetreuung sei ein „kardinaler Punkt“. Große Unternehmen könnten hier selbst etwas tun, aber mittelständische und kleine Betriebe seien dazu immer weniger imstande. Und deshalb brauche man „ein flächendeckendes Netz von Ganztagssschulen“, um Frauen die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Man brauche Frauen in den Unternehmen – und zwar schnell: Die Gründung von Ganztagssschulen aber komme – wegen aller möglichen bürokratischen und ideologischen Bedenken – nur im Schnecken tempo voran.

Der Ärger über Bürokratie und Toiletten

Bürokratieverdruss auch an anderer Stelle: Die Politik beklage fehlende Kinderbetreuung, doch private Initiativen würden nicht zugelassen, kritisierten Teilnehmer. In den neuen Bundesländern gehe die Ausstattung vieler Betreuungseinrichtungen „den Bach runter“; doch private Initiativen würden durch Bürokratie blockiert. Die Familienministerin stimmte in die Klage ein: Sie wisse von „tollen Elterninitiativen“, die Betreuungsmöglichkeiten organisiert hätten. Die Kinder seien glücklich. „Dann muss das Ding zugeschlossen werden, weil keine niedrigen Toi-

letten vorhanden sind. Meine Kinder sind, ohne Schaden an ihrer kindlichen Seele zu nehmen, auf normale Toiletten gegangen. Und auch bei den Vorschriften zu Trittbreiten von Treppenstufen könnten die Kindertagesstättengesetze entrümpelt werden.“ Freilich: Die Länder sind zuständig, die Familienministerin kann nichts ändern.

Kinderbetreuung ist aber nicht alles. Renate Schmidt forderte auch von den Unternehmen eine familienfreundliche Unternehmenskultur. Und die Gewerkschaften müssten sich einbringen. Man könne in Tarifverträgen auch über Familienfreundlichkeit reden statt nur über die Stelle hinter dem Komma.

Work-Life-Balance als Strategie

Teilnehmer aus der Wirtschaft akzeptierten, dass die Unternehmen durchaus gefordert seien. Die Einstellung zur Work-Life-Balance – also einem sinnvollen Ausgleich zwischen Arbeitszeit und freier Zeit für Familie und andere Ziele – habe sich in den letzten zehn Jahren vollkommen verändert, berichtete Dieter Heuskel. Früher sei absolute Leistung und Leidensbereitschaft und Opferbereitschaft das Thema gewesen. Jetzt müsse man jene oft hoch qualifizierten Leute, vor allem auch Frauen, gewinnen, die nach einer Balance zwischen Arbeitsleben und Privatleben verlangten. Gelingen dies nicht, werde das System nicht mehr funktionieren.

Die Boston Consulting Group versuche dies unter anderem durch „Leave-of-absence-Programme“ zu erreichen. Gegenwärtig nähmen in Deutschland 25 % der Berater eine solche „Auszeit“. Man halte eine erheblich höhere Zahl an Mitarbeitern vor, weil ein Teil ein halbes Jahr Pause machen wolle, der Kindererziehung oder einer Promotion halber. Böte man dies nicht, wäre man nicht mehr in der Lage, den Betrieb aufrechtzuerhalten. Man komme den gesellschaftlichen Trends entgegen und gestalte sie aktiv, so Heuskel.

Andere Diskussionsredner aus der Wirtschaft warnten allerdings, die Möglichkeiten der Flexibilisierung zu überschätzen. Bei den flexiblen

Arbeitszeiten zur Förderung der Erwerbsfähigkeit bzw. der Erwerbstätigkeit der Frauen sei tarifpolitisch das Optimum schon erreicht. Vor allem in kleineren Unternehmen, aber auch bei alten Industriebetrieben, gebe es hier enge Grenzen. Flexibilisierung falle leichter, je näher die Arbeitsplätze am Dienstleistungsbereich seien. Tarifvertraglich aber sei schon jetzt für die Verteilung der Arbeitszeit jede Öffnung vorhanden.

Auch Renate Schmidt forderte eine familienfreundliche Unternehmenskultur über familienfreundliche Arbeitszeiten hinaus. Man müsse Mitarbeiter darin bestärken und ihnen bei den Wünschen nach mehr Zeit für die Familie in dem notwendigen Umfang entgegenkommen. Eine familienfreundliche Unternehmenskultur werde sich für die Unternehmen als betriebswirtschaftlicher Vorteil erweisen. Frauen mit Kindern brächten reiche Erfahrung mit, sekundierten einige Redner. Deshalb sollten aber auch kommunale Verwaltungen, auch Sparkassen die Voraussetzungen schaffen, damit Frauen Familie und Beruf besser verknüpfen könnten.

Urvertrauen und Kinderhorte

Ganz unwidersprochen blieben die Forderungen nach Krippen, Kitas und Ganztagsbetreuung nicht. Die Beziehung der Mutter zum Kind sei in den ersten Jahren emotional so tief, dass die Forderung, Mütter sollten sich in diesen drei Jahren um die Kinder kümmern, „elementar“ sei. Hier entstehe ein „Urvertrauen“, das sich sonst kaum entwickeln könne. Horte und Kitas seien keine Lösung, allenfalls eine Hilfe.

Heinz Bude, der Soziologe, widerspricht nur halb: Die Untersuchungen seien unklar. In der Entwicklungspsychologie finde man ernsthafte Stimmen, die sagen, es gebe Vernachlässigungsschäden durch Verstaatlichung der Kinderbetreuung. Und sie könnten dafür auch empirische Belege vorlegen: „Das muss man schon sehen.“

Claus Leggewie drehte das Argument um. Wenn es stimme, dass Kinder in den ersten drei Jahren durch die Mutter versorgt, umsorgt, geliebt werden müssten, dann sei das eben ein Grund, warum Frauen in

der Bundesrepublik dazu nicht mehr bereit seien. Wenn eine gut ausgebildete, hoch qualifizierte Frau drei Jahre mit ihrem Kind verbringen solle, werde sie „Urvertrauen“ nicht mehr aufbauen können. Sie sei unzufrieden mit dieser Monofixierung auf das Kind. Man müsse Arbeitszeitmodelle anbieten, die einen engen Kontakt zwischen Müttern und ihren Babys in den ersten Jahren erlaubten, aber gleichzeitig auch andere Möglichkeiten der Verwirklichung.

Die Familienministerin räumte ein, dass Kinderbetreuung oder Ganztagsschulen kein Ersatz für Familien seien. Dass Menschen anders leben wollten als vor 30 oder 40 Jahren, bedeute nicht, dass man nicht die Erziehungsverantwortung von Eltern stärken müsse. Sie habe nichts dagegen, wenn Mütter drei Jahre bei ihrem Kind zu Hause bleiben wollten. Die Diskussion über „verantwortungslose erwerbstätige Rabenmütter“ und „depperte Nur-Hausfrauen“ gehöre ins vorletzte Jahrhundert. Fakt aber sei: In Deutschland gebe es die längsten Unterbrechungszeiten in der EU und damit verbunden eben auch Schwierigkeiten beim Wiedereinstieg in den Beruf.

132

Inwieweit Kitas und Ganztagsschulen die Geburtenraten wirklich entscheidend erhöhen würden, blieb umstritten. Skeptiker bezweifelten, „ob wir die Zahl der Kinder pro Frau durch die diskutierten Instrumente von 1,3 auf vielleicht 1,6 oder 1,7 steigern könnten“. Und auch Bude hatte schon in seinem Referat gewarnt: Ein ausgebauter Kindergartensystem und Ganztagsschulen veränderten nicht automatisch das Gebärverhalten. Während Frauen in Frankreich überhaupt kein schlechtes Gewissen dabei hätten, Kinder früh in eine staatliche Kinderverwahranstalt zu geben, reagierten viele Frauen in Deutschland anders. Vor allem in der ehemaligen DDR – wo man ein umfassendes System der Kinderbetreuung kenne – wollten Frauen, besonders Höhergebildete, lieber das Kind zu Hause lassen als es wieder „in so einen staatlichen Hort geben“.

Über Kitas hinaus

Das heißt nicht, dass nicht mehr Horte, Ganztagskindergärten und -schulen gebraucht würden. Aber man müsse auch andere Strategien

öffnen. Mehrfach wurde gefordert, die Kosten der Kinderbetreuung auch in der Familie steuerlich anzuerkennen. Denn vor allem für Frauen in Führungspositionen reichten Kindertagesstätten oft nicht aus. In Leitungsfunktionen müssten Mitarbeiter viel reisen, insbesondere in internationalen Unternehmen. Und da Frauen, die besonders qualifiziert seien, auch die Kinderbetreuung besonders ernst nähmen, bleibe oft nichts anderes als Personal einzustellen. „Für mich“ – so eine Unternehmerin – „ist eine Familie eine kleine Firma. Diese kleine Firma muss in der Lage sein, steuerlich ehrlich die zusätzlichen Ausgaben abzusetzen. Da entstehen Ganztagsjobs mit Sozialbeiträgen.“ Solange aber diese Kosten nicht steuerlich geltend zu machen seien, könnten sich auch gut verdienende Frauen das nicht leisten.

In Wahrheit – so Bude – werde das Problem in Mittelschichtfamilien durch Personal gelöst, das relativ billig ist, wenn es nicht zu sozialversicherungspflichtigen Löhnen eingestellt wird. Die informellen Märkte für personenbezogene Dienstleistungen ermöglichten, die Familie mit 1^{1/2}-Personen-Einkommen zu managen: Die Frau sei teilzeit-, der Mann vollzeitbeschäftigt und für die Kinder sei gesorgt. „Allerdings funktioniert es in der Regel nur über informelle Arbeitsmärkte.“

133

Eine weitere Forderung, die wiederholt erhoben wurde, war, die Rückkehr von Müttern an den Arbeitsplatz nach der Babypause zu erleichtern. Für den Wiedereinstieg in den Beruf genügten Paragraphen nicht. Junge Frauen müssten in der Familie, den Lehrbetrieben und den Berufsschulen darauf vorbereitet werden. Betriebe sollten dafür sorgen, dass junge Mütter während der Babypause Kontakt zu ihrer Arbeitswelt beibehalten, indem sie Vertretungen machten und an Fortbildungsmaßnahmen teilnahmen. Man müsse ihnen das Gefühl geben, sie gehörten weiterhin zu diesem Betrieb. Auch dies sei oft schwierig. Manchmal scheiterten jene Vertretungen daran, dass der Partner sich für die Betreuung der Kinder nicht frei machen könne; manchmal zeige sich auch, dass sich die Arbeit so schnell verändere, dass 8 oder 14 Tage Vertretung im Jahr zu wenig seien, um wirklich auf dem Laufenden zu bleiben.

Dass durch die Verbesserung der Betreuung, eine familienfreundliche Unternehmenskultur und alle anderen erwähnten Erleichterungen „nicht

im nächsten Jahr eine bevölkerungserhaltende Geburtenrate erreicht wird“ (Schmidt), liegt auf der Hand. „Wir brauchen eine ganze Generation. Aber wir können deshalb nicht die Hände in den Schoß legen“, hielt die Familienministerin jenen Skeptikern entgegen, die bezweifelten, dass „wir die Zahl der Kinder pro Frau durch die diskutierten Instrumente von 1,3 auf vielleicht 1,6 oder 1,7 steigern könnten“. – „Haben wir den Ehrgeiz, die älteste Gesellschaft der gesamten Welt zu werden?“

Hilft Zuwanderung?

Immer wieder tauchte in den zweieinhalbtätigen Diskussionen die Frage auf, ob Zuwanderung das demographische Problem lösen oder zumindest mildern könne. Die Zuwanderung junger Menschen – so ein Teilnehmer – müsste doch Alterung kompensieren und das staatliche System funktionsfähig halten können. Auch Claus Leggewie beklagte, dass bei der Zuwanderung „nicht nur ein Jahrzehnt verschenkt wurde, sondern zwei“. Man streite über Zuwanderung in Deutschland so lange, bis man ein Auswanderungsland werde. Das Scheitern der Green-card-Initiative zeige, so Leggewie, dass Deutschland für Einwanderer nicht mehr attraktiv sei.

Allerdings räumte auch er ein: Zuwanderung löse die demographischen Probleme nicht. Das generative Verhalten von Immigranten passe sich in relativ kurzer Zeit dem des Zuwanderungslandes an. Mitte der siebziger Jahre brachten Ausländerinnen in Deutschland im Schnitt ein Kind mehr zur Welt als deutsche Frauen (2,4 gegenüber 1,4). Inzwischen ist die Geburtenrate gleich. Dabei unterstellen jene Prognosen, die die Bevölkerung in Deutschland auf 75 Millionen schrumpfen sehen, bereits eine Zuwanderung von 200.000 Menschen pro Jahr, das ist ein Zuwanderungsüberschuss von 10,5 Millionen bis zum Jahr 2050. 200.000 Zuwanderer pro Jahr entsprechen der Zuwanderung in den letzten 50 Jahren, in denen Millionen Gastarbeiter, Umsiedler, Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge nach Deutschland kamen.

Um aber die Überalterung durch Zuwanderung wirklich auszubalancieren, müssten noch weit mehr Menschen einwandern. Dies hielt keiner der Redner für realistisch. Schon die heutige Zuwanderung sei – so Wolfgang Schäuble – mit erheblichen Integrationsproblemen verbunden. Ein Mehr könne die gesellschaftliche Stabilität gefährden.

Zuwanderung also nicht der Demographie wegen, sondern weil ein Land als Industrie- und Technologiestandort hoch qualifizierten Nachwuchses braucht. „Unser größtes Problem liegt ganz eindeutig darin, Nachwuchs zu bekommen, hoch qualifizierten Nachwuchses“ (Heuskel). Allerdings wurden immer wieder auch Bedenken laut, ob Deutschland für hoch qualifizierten Nachwuchs überhaupt noch interessant sei. „Wir haben einen positiven Zuwanderungssaldo, aber wir haben Zuwanderung vor allem in ‚informelle Arbeitsmärkte‘, also die personenbezogenen Dienstleistungen“, klagten Redner. „Die obere Schicht wandert ab, die Leistungsträger. Wenn man die Universitäten sieht, dann muss man nüchtern sagen: Zehn Prozent unserer besten Leute bleiben in den USA.“

Trotzdem verteidigten vor allem die Sozialwissenschaftler auch die Immigration in die informellen Arbeitsmärkte. Eine Ökonomie im Niedriglohnsektor, von Immigranten getragen, passe zwar nicht zu dem klassischen wohlfahrtsstaatlichen Modell, weil sie sich verselbständige und eine Alternative darstelle, meinte Leggewie. Aber sie erlaube den Aufbau eines Pflegesektors, der häuslichen Pflege, informeller Netzwerke. Statt die so genannte Putzfrauensteuer einzuführen, sollte man diese Ökonomie, das, „was wir als Schattenwirtschaft bezeichnen“, sich entfalten lassen. Ein Gedanke, der Lücken im Arbeitsangebot schließen würde, wie dies auch Bude empfohlen hatte. Die demographischen Probleme für die Sozialsysteme würden freilich dadurch eher verschärft als gemildert. Denn in irgendeiner Weise müsste der Sozialstaat die Gesundheits- und Altersrisiken auch jener auffangen, die auf diesen informellen Arbeitsmärkten tätig sind, und zwar ohne dass sie Beiträge geleistet haben.

Über den Lebensabend der Alten

Doch so wichtig eine Wende in der Geburtenrate ist, die Politik kann der Frage nicht ausweichen, die wir in dieser Bilanz bisher nicht beleuchtet haben: wie nämlich „die 50-, 60- und 70-Jährigen ihren Lebensabend gestalten“. Denn lange bevor jene neuen, hoffentlich stärkeren Kindergenerationen – die die Familienpolitik hervorbringen soll – Schulen oder Universitäten verlassen, stellt die Alterung der deutschen Gesellschaft die politische und soziale Stabilität des Landes auf den Prüfstand. Wie finanziert man, wie versorgt man, wie pflegt man immer mehr Alte und Uralte?

2004 feiern genauso viele Bundesbürger ihren 70. Geburtstag wie ihren ersten Geburtstag. Und wenn man den Blick ein paar Jahre nach vorne richtet, kann man voraussagen, dass die Zahl der 75-Jährigen oder gar 80-Jährigen bald größer sein wird als die Zahl der Babys. Denn die Lebenserwartung der „Senioren“ steigt Jahr für Jahr um einige Monate.

136

In dem Befund steckt eine wunderbare Nachricht: Die Jahre zwischen dem 60. und dem 75./80. Lebensjahr seien „gewonnene Jahre“, sagte Renate Schmidt begeistert, „eine Generation, die es früher so nicht gab, geistig fit und körperlich weitestgehend belastbar“. Die Frage sei freilich, was mit diesen Jahren zu machen sei. Denn dass die „Generation, die es früher nicht gab“, die gewonnenen Jahre als Rentner zwischen Mallorca und Hamburg oder auch nur im Bayerischen Wald verbringen könne, sei ein abwegiger Gedanke. Wer sollte sie finanzieren? Länger leben – länger arbeiten?

Und da steht – unausweichlich – die Frage, ob ein längeres Leben nicht auch ein längeres Arbeitsleben bedeuten müsse. Verblüffenderweise wurde die Überlegung in den langen Diskussionen immer wieder berührt, aber nicht wirklich abgehandelt. Dabei beschert uns ja nicht nur die höhere Lebenserwartung immer mehr Alte. Ihre Zahl wächst zugleich, weil durch Frühverrentung und andere Formen des vorgezogenen Ruhestandes die Bundesbürger in immer jüngeren Jahren zu alten Leuten befördert werden, der Begeisterung der Familienministerin über

die gewonnenen Jahre zum Trotz. Dies hat man in den letzten Jahren zwar einzudämmen versucht, aber viele der Mechanismen funktionieren immer noch.

In den Diskussionen des Kolloquiums tauchte das Stichwort „Arbeitszeit“ deshalb öfter mit dem Beiwort „kürzer“ oder „flexibel“ auf als mit dem Zusatz „länger“. Dies ist kein Zufall. In 60 % aller Unternehmen arbeitet – so die dramatische Botschaft – keiner mehr, der älter ist als 50 Jahre. Diese Katastrophenzahl führt freilich – wie zu Recht eingewandt wurde – in die Irre. Da die allermeisten Unternehmen Klein- oder gar Einmannbetriebe sind, sind in sehr vielen logischerweise nicht alle Altersgruppen vertreten. In einem Einmannbetrieb gibt es auch nur einen Jahrgang. Also fehlen in vielen ganz kleinen Betrieben die Alten, in vielen aber auch die Jungen oder die mittleren Jahrgänge. Und doch bleibt die Wahrheit dramatisch.

Denn auch in Großunternehmen, ja gerade in ihnen, sei die Gruppe der Über-50- oder 55-Jährigen „leer“, beklagte ein Diskussionsteilnehmer. „Leerer“ sogar als in vielen kleineren und mittleren, fügte Renate Schmidt hinzu: Kleinere Betriebe trennten sich nicht so leicht von altgedienten Mitarbeitern. Vielleicht wisse man in kleineren Unternehmen besser, was man an Kollegen habe, die schon ein paar Jahre dabei sind. Doch dass im Kernbereich der alten Telekom, der Festnetzsparte, nur noch drei Prozent der Belegschaft älter als 55 Jahre sind (Klinkhammer), zeigt, in welchem Maße sich das Erwerbsleben verkürzt und das „Alter“ verlängert, jedenfalls wenn sich in Firmen dramatische Umbrüche vollziehen wie bei der Telekom.

Immerhin – so wurde eingewandt – hätten 80 % aller Über-55-Jährigen, die arbeiten wollen, Arbeit. Die beruhigenden 80 % lösen freilich Widerspruch aus: Wenn Sozialsysteme unfinanzierbar werden und zusammenzubrechen drohen, kann die Zahl derer, die „arbeiten wollen“, nicht mehr der Maßstab sein. „Wir können uns auf der einen Seite nicht immer längere Ausbildungszeiten leisten und auf der anderen Seite immer längere Rentenbezugszeiten. Sonst wird die Generation zwischen dem 20. bis 25. Lebensjahr und dem 50. bis 55. Lebensjahr – die Sandwich-Generation – finanziell erdrückt“ (Schmidt). Tatsächlich

arbeiten von den 55- bis 60-Jährigen gerade noch 60 % und von den 60- bis 65-Jährigen steht noch nicht einmal mehr jeder Vierte im Erwerbsleben.

Das Altersbild der Öffentlichkeit müsse sich den Realitäten anpassen: „Alter darf nicht länger einfach mit Hilfsbedürftigkeit gleichgesetzt werden“ (Schmidt). Ja, man kann auch fragen: Sind jene, die da aufs Altenteil gesetzt werden und noch 25 oder 30 Jahre Leben vor sich haben, überhaupt „alt“, sind sie wirklich – wie wir sozialverträglich sagen – „Senioren“? Man könnte sie Schlimmeres heißen: Als Immanuel Kant seinen 50. Geburtstag feierte, nannten ihn Gratulanten „Ehrwürdiger Greis“. Das mag angesichts der Lebenserwartung jener Jahre plausibel geklungen haben, die Frührentner von heute würden sich den Titel verbitten.

Frührente – oder: Genug geleistet

138

Doch offenkundig haben die Strategien des vorgezogenen Ruhestandes das Denken verändert. Die Frührente erspart der Politik seit vielen Jahren soziale Konflikte. Sie stellte die Tarifparteien von den unerfreulichen Konsequenzen fragwürdiger tarifpolitischer Entscheidungen frei. Sie erlaubte den „sozialverträglichen Abbau von Beschäftigung“. Die Arbeitslosigkeit wuchs langsamer, weil man Menschen vor der Zeit zu relativ günstigen Bedingungen auf Kosten der Sozialkassen von der Arbeit befreite. „Sie haben genug geleistet.“

Da aber trotz aller Frühpensionierung die Arbeitslosigkeit weiter wuchs, folgte schnell die bohrende Frage: Geht uns die Arbeit aus? Ersetzen nicht Maschinen, Mikrochips und Automaten längst menschliche Arbeitskraft? Und wenn weniger Menschen gebraucht werden, soll, ja, muss dann das Arbeitsleben nicht früher enden? Dahinter tauchen noch fundamentalere Fragen auf: Welche Rolle spielt Arbeit, wenn es immer weniger davon gibt? Das Arbeitsethos der Industriegesellschaft wird ein Relikt der Vergangenheit. Leben darf sich nicht über Arbeit definieren, wenn viele keine haben. Vor den Wahlen 1998 formulierten dies die Grünen plastisch: Sie forderten eine „bedarfsorien-

tierte Grundsicherung für jedermann“, die den „finanziellen Regelbedarf“ für ein menschenwürdiges Leben und die Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben sichere. „Ein Lohnabstandsgebot entfällt.“ Ein fundamentaler Bewusstseinswandel wird hier sichtbar. Der Mensch muss auch ohne Arbeit sein Auskommen haben. Inzwischen ist klar: Lauter Illusionen! Eine reiche Gesellschaft hat sich in die Tasche gelogen. Die Sozialsysteme stoßen an ihre finanziellen Grenzen – Mikrochips und Automaten inklusive. Denn die Tarifparteien verteilen das, was – mit Hilfe aller Mikrochips und Maschinen – produziert wird, an jene, die am Arbeitsprozess teilnehmen. Sollen die andern sehen, wo sie bleiben – oder soll der Staat sich überlegen, wie er für sie sorgt. Doch so viel Umverteilung stößt in einer alternden Gesellschaft an politische und soziale Grenzen.

„Eine Sache müssen wir ganz hart sagen“, sagte der Soziologe Bude, „die Lebensarbeitszeit muss verlängert werden ... Darüber haben wir bisher gar nicht geredet. Aber das ist eines der unausweichlichen Dinge, um das Finanzierungsproblem der Sozialversicherungssysteme anzugehen ... Das wird auch kommen, da bin ich mir ziemlich sicher.“ Länger arbeiten – eine Illusion?

139

Hart gesagt, doch die Diskussion zeigte – vor allem als es um das Verhältnis der Unternehmen zum demographischen Wandel ging –, dass nach wie vor eher in die umgekehrte Richtung gedacht wird. Dies ist – angesichts der Unfähigkeit von Politik und Wirtschaft, für viereinhalb Millionen Arbeitslose Arbeit zu finden – logisch. Die referierenden Unternehmer weckten – wie ein Teilnehmer formulierte – den Eindruck, dass „Beschäftigungsmöglichkeiten für die Älteren realiter gar nicht bestehen“. Er tue sich schwer, sich 70-jährige Fernlastfahrer vorzustellen oder 70-jährige Bauarbeiter, die 150 Meter über Grund neue Bürotürme errichteten, sagte ein Diskussionsredner; dass Ältere an Schreibtischen ihre Erfahrung einbrächten, halte er eher für möglich. Aber: „Ist die Erwartung – die von den Sozialwissenschaftlern geäußerte Erwartung –, die Lebensarbeitszeit werde sich verlängern, aus der Sicht der Unternehmen eine Illusion?“

„Ja, es ist eine Illusion, solange nicht politisch Druck gemacht wird“, antwortete der Telekom-Vorstand Klinkhammer. Natürlich werde es, je

nach Erwerbsbiografie, Beschäftigungsmöglichkeiten auch im hohen Alter geben. Auch die Sozialsysteme könnten in diese Richtung drängen. Aber: „Ein Unternehmen wird sich wehren, solange es kann.“ Als der Kanzler führende Unternehmen gefragt habe, welche Möglichkeiten sie denn sähen, 57-Jährige und Ältere nachhaltig zu beschäftigen, seien den Unternehmern nur Kofinanzierungsmodelle eingefallen. „Das beantwortet die Frage!“

Auch Dieter Heuskel gab eine eher ernüchternde Antwort. Die Vorstellung, der Beruf – oder irgendetwas anderes – sei auf das ganze Leben hin angelegt, gehöre wohl der Vergangenheit an. Gerade ältere Menschen über 50 würden sich auf (vorübergehende) Vertragsverhältnisse statt auf Festanstellungsverhältnisse für eine ganze Lebensphase einstellen müssen. „Die Kontraktdimension dessen, was wir als Arbeit tun – aber vielleicht auch in anderen Dingen –, wird zunehmen. Ich sage nicht, dass ich dies gut oder schlecht finde. Es scheint mir aber ein wichtiger Trend zu sein.“ Eine solche „Kontraktdimension“ verlangt freilich von den „Alten“ eine Flexibilität, die ihnen – man denke an den vorgezogenen Ruhestand – im Grunde nicht zugetraut wird.

Junge Chefs, junge Senioren

Jene alternde Gesellschaft gerät in eher wachsenden Widerspruch zu den Prioritäten der Wirtschaft. Während die Bundesbürger immer länger lebten, würden die Führungskräfte in den Unternehmen – so die Referenten – immer jünger. Logisch in einer Welt, die von unendlicher Innovation und von kontinuierlicher Veränderung geprägt ist. In seinem Referat hatte Dieter Heuskel zwar erklärt, Überalterung sei in der Politik und in Führungspositionen der Industrie nie ein Thema gewesen. Entscheidend seien Leistungsfähigkeit und -bereitschaft. Aber die stete Verjüngung der Führungseliten, der Trend zur Frühpensionierung und die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit, Endvierziger oder Fünfziger in Arbeit zu vermitteln, wecken daran Zweifel.

Obendrein liegt die Vermutung nahe, dass solche Strukturen eine mentale Kluft zwischen immer jüngeren Entscheidungsträgern in den

Unternehmen und der alternden Bevölkerung schaffen. Die beiden Referenten aus der Wirtschaft – 53 und 57 Jahre alt –, stellten sich selbst kokett als „Veteran“, „Fossil“ oder nüchtern als „mit Abstand der Älteste im Vorstand“ vor. Vermag die sich verjüngende Führungselite den Charme jener „gewonnenen Jahre zwischen 60 und 75“ überhaupt zu entdecken, den Renate Schmidt preist? In die gleiche Richtung deutet, dass die Unternehmensberater der Boston Consulting Group im Schnitt gerade 30 Jahre alt sind. „Trau keinem über 30“ – der Slogan der aufbegehrenden Jugend aus den sechziger Jahren scheint sich gegen die alternden 68er selbst zu wenden.

Wobei die demographische Bilanz paradoxerweise nicht nur dadurch belastet wird, dass das Alter länger dauert und früher beginnt, sondern auch dadurch, dass die Jugend – durch lange Ausbildungs- und Studienzeiten – immer später endet. Das gilt vor allem für hoch Qualifizierte. Auch dies mag politisch – angesichts viereinhalb Millionen Arbeitsloser – zunächst willkommen sein. Denn dadurch drängen junge Menschen spät auf den Arbeitsmarkt.

Die Wirtschaft hat eigene Prioritäten

Die Frage, ob denn die Wirtschaft demographische Probleme überhaupt zur Kenntnis nehme, wurde in der Diskussion immer wieder kritisch gestellt. In den Unternehmen – so der Vorwurf – werde die demographische Entwicklung völlig unterschätzt. Demographie erscheine als ein Problem der Rentensysteme. Dass es eine ernsthafte Herausforderung für die Unternehmen selbst sein könne – und Reaktionen bei den Entlohnungssystemen, der Arbeitszeit, der Einstellung zu lebenslangem Lernen und Qualifizierung erfordere –, werde offenbar übersehen.

Nun hatten die beiden Referenten aus der unternehmerischen Wirtschaft gleich zu Anfang eingeräumt, es habe sie überrascht, zu den demographischen Herausforderungen etwas sagen zu sollen. Heinz Klinkhammer berichtete, dass er, als er die Personalchefs der DAX-30-Unternehmen auf die Demographie angesprochen habe, die lapidare Antwort erhielt: „Uns treiben ganz andere Fragen.“ Die großen Unter-

nehmen bewegen sich auf internationalen Märkten in einer globalisierten Welt. Sie begegnen dort höchst unterschiedlichen „Demographien“ und sie nutzen sie. Und obendrein gehören viele dieser „deutschen“ Unternehmen ausländischen Kapitalgebern. Ihnen müsse man gerecht werden.

Jene Forderung Claus Leggewies, Unternehmen müssten „corporate citizenship“ zeigen, indem sie im Lande blieben und gute Steuer- und Beitragszahler seien und damit zur Erhaltung öffentlicher Infrastruktur und Dienste beitragen, wird deshalb nicht weit tragen.

Es sei genau umgekehrt, fasste der Diskussionsleiter Eckart John von Freyend am Ende die Haltung der Wirtschaft zusammen: Unternehmen hätten nicht in erster Linie als „good corporate citizens“ darüber nachzudenken, wie sie in Deutschland arbeiten können. Sie hätten die Pflicht, sogar die gesetzliche Pflicht, das ihnen zur Verfügung gestellte Kapital so gut wie möglich arbeiten zu lassen, im Respekt für Mitarbeiter, Staat und Kapitalgeber. Der Staat habe die Chance, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es für Unternehmen interessant machten, im Land zu arbeiten. Wenn er das nicht tue, seien die Unternehmen geradezu gezwungen, die „Bedingungen außerhalb in Augenschein zu nehmen“. Das gelte nicht nur für die ganz großen Unternehmen. Eckart John von Freyend nahm die Immobiliengesellschaft, der er vorsteht, als Beispiel: Vor zehn Jahren gehörte sie noch dem Staat. Inzwischen wickele sie zwei Drittel der Aktivitäten außerhalb Deutschlands ab. „Ich fühle mich deshalb nicht als vaterlandsloser Geselle. Ich habe die Aufgabe, das Kapital richtig anzulegen, und dazu gehören eben Investments in London, Paris, Mailand, Budapest und in Helsinki und nicht ausschließlich in Berlin, Frankfurt oder München.“

Unternehmen, vor allem die großen, bewegen sich in einem globalen Markt. Aber – so wurde kritisch gefragt – in Deutschland arbeiten nicht nur Unternehmen, die ausweichen oder auswandern können, wenn Sozialsysteme wanken oder Tarifverträge und Politik sich nicht an die ökonomische Logik halten. Das Rückgrat der deutschen Wirtschaft seien immer noch kleinere und mittlere Unternehmen. Sie haben solche Möglichkeiten nicht. Und selbst jene, die ausweichen könnten,

müssten abwägen, was sie zurücklassen: die Märkte, die man vielleicht auch aus dem Ausland bedienen kann, die aber schwinden, wenn Gesellschaften vergeisen. Sie lassen auch die Tradition zurück, das Renommee, das oft mit dem Lande verbunden ist, aus dem sie kommen. Das heißt – auch wenn es eher nutzlos und fragwürdig ist, „corporate citizenship“ einzufordern –, die demographischen Probleme könnten den meisten Unternehmen, die in Deutschland arbeiten, nicht gleichgültig sein.

Die Alten, die Konsumenten?

An einer Stelle sehen auch die Vertreter der Unternehmen die Bedeutung der Alten wachsen – als Konsumenten. In einer alternden Gesellschaft verlieren die 14- bis 49-Jährigen, an denen sich Marktforschung und Werbung bisher ausschließlich orientieren, an Gewicht. Wenn das Durchschnittsalter der Bundesbürger – wie für 2050 prognostiziert – auf 52 Jahre steigt, wird man umdenken müssen, hier sei ein „erhebliches Anpassungsproblem“. Doch es öffneten sich neue Märkte in der Pharmaindustrie, der Medizintechnik, dem „functional food“, bei Versicherungen und Banken. Es entstehe ein neues Marktpotenzial, auch weil „dort sehr viel verfügbares Einkommen bereitsteht“.

143

In der Diskussion gab es warnende Stimmen: Wie sich das Konsumverhalten, das Sparverhalten und das Erwerbsverhalten von Menschen in einer alternden Gesellschaft verändern, sei offen. „Wir wissen wenig.“ Dazu kommt, dass – wenn die Gesellschaft wirklich dramatisch altert und die sozialen Sicherungssysteme Not leiden – keineswegs sicher ist, dass die Alten über so „sehr viel Einkommen verfügen“, wie es sich die Wirtschaft wünscht.

Und manche Zuhörer kritisierten energisch: Jene demographischen Fragen, das Fehlen der Kinder, könne man doch nicht dadurch vergessen machen, dass man sagt, für alte Leute machen wir jetzt eine Altersmode und dann können wir denen auch noch modische Sachen verkaufen. „Unternehmen mögen mit der demographischen Herausforderung fertig werden, aber die Gesellschaft wird damit nicht fertig.“

Die Demographie und das fehlende Wachstum

Kein Wunder, dass auch die eher optimistische Diagnose Dieter Heuskels – „Wir haben kein demographisches Problem, wir haben ein Anpassungsproblem, und zwar im Denken, im Denken über Alter und Produktivität“ – in der Diskussion auf Widerspruch stieß. „In den deutschen Sozialsystemen sind so unendlich viel Ansprüche gespeichert, dass wir schon deshalb ein riesiges Problem haben. Die westlich orientierten Industriegesellschaften, die ungefähr 80 % des Weltsozialprodukts erzeugen, sind überalternde Gesellschaften. Damit stellt sich ein riesiges Innovationsproblem und auch ... ein riesiges Problem im Bereich der Verteidigungsbereitschaft.“

Heuskel verteidigte seine Diagnose. Er negiere die demographischen Probleme nicht. „Mein Punkt ist: Wir haben ein Wachstumsproblem. Nur wirtschaftliches Wachstum kann demographische und andere Armutsprobleme lösen.“ Nun sind die Probleme einer überalternden Gesellschaft, in der viele die Sozialsysteme beanspruchen und immer weniger in sie einzahlen, sicher nicht nur ein Wachstumsproblem. Aber unbestreitbar ist, dass die Krise der Sozialversicherungssysteme seit Jahren durch fehlendes Wachstum dramatisch verschärft wird. Vier Millionen Arbeitslose schlagen in den Sozialsystemen ähnlich zu Buch wie vier Millionen Rentner. Über vorgezogenen Ruhestand würde man in einer boomenden Wirtschaft kaum reden. Und die Familienministerin müsste nicht klagen, es sei das falsche Rezept, wenn man „den Über-58-Jährigen sagt, Sie müssen hier unterschreiben, dass Sie eigentlich nicht mehr erwerbstätig sein wollen, dann müssen Sie nur einmal im Jahr noch zur Arbeitsagentur kommen“.

In einer dynamischen Wirtschaft würde sich vermutlich auch jenes Denken ändern, das relativ „junge“ Leute zum alten Eisen werden lässt. Einen zarten Mentalitätswandel glauben Teilnehmer aus der Wirtschaft schon erkennen zu können. Zwar treffe der Stellenabbau weiterhin besonders die Älteren; bei Neueinstellungen beginne man umzudenken. Es gebe eine breite Initiative der deutschen Wirtschaft, die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer zu fördern. Sie gebe über 30 Milliarden Euro für die Weiterbildung der Mitarbeiter aus.

Auch für die Telekom stehe „employability“ – also die Beschäftigungsfähigkeit – an erster Stelle (Klinkhammer). Man bilde auf höchstem Niveau IT-Leute aus, die dann „jene an die Hand nehmen, die noch im Berufsleben stehen, aber nicht mehr an der Speerspitze der IT-Entwicklung“. Hier spielt auch eine Rolle, dass bei der Telekom die Erfahrungen mit Greencards wenig ermutigend waren. Man habe den einen oder anderen ins Unternehmen geholt, doch es habe sprachliche, kulturelle, aber auch andere Probleme gegeben und die Angeworbenen seien „inzwischen alle wieder fort“. Klinkhammer empfahl auch gegen Arbeitslosigkeit eine Strategie der „employability“. Unternehmen sollten, ob sie sich von Personal trennen oder nicht, zunächst „Beschäftigungsfähigkeit“ herstellen. Dann gebe es einen „Drehtüreffekt“, nicht notwendigerweise zurück ins eigene Unternehmen, aber in den Arbeitsmarkt.

Dass die Wende, die den Älteren die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt einigermaßen sicher ermöglicht, erreicht sei, wagt freilich niemand zu sagen. Auf absehbare Zeit bleibt es eine Illusion, dass der Arbeitsmarkt der steigenden Lebenserwartung und vor allem der längeren Leistungsfähigkeit der Menschen Rechnung trägt.

145

Trotzdem ist eine alternde Gesellschaft, die – zudem ohne wirklichen Erfolg – versucht, die Probleme des Arbeitsmarktes über Frührenten und andere Ruhestandsregelungen zu lösen, auf dem Holzweg. Da wird die Notwendigkeit qualifizierter Einwanderung beschworen, aber auch die Einwanderung in den Dienstleistungs- und Pflegesektor. Da wird eine Ökonomie im Niedriglohnsektor, von Immigranten getragen, skizziert, „jenseits des klassischen wohlfahrtsstaatlichen Modells“. Doch ist eine Parallelgesellschaft und -wirtschaft – abseits unserer Sicherungssysteme – eine ernsthafte Alternative? „Sind denn“, so fragten Teilnehmer zweifelnd, „unsere viereinhalb Millionen Arbeitslosen zu gar nichts mehr zu verwenden?“

„In dem Moment, wo die Arbeitslosen bereit sind, in den Wettbewerb mit Einwanderern zu treten, können wir das Problem lösen. Wenn sie bereit sind, in der Gastronomie, in der Pflege, in Krankenhäusern usw. zu üblichen Bedingungen zu arbeiten, dann wäre das Thema schnell

gelöst, zugunsten der Arbeitslosen“, antwortete Dieter Heuskel. Die Wahrheit ist freilich, dass sich die Politik nur sehr zögernd entschließt, jenen Druck auszuüben, der auch einfache Arbeit attraktiv macht.

Aber es ist nicht nur die Politik. Auch die Wirtschaft muss jenen Mentalitätswandel fördern und vorantreiben. Wenn man Wachstum und mehr Beschäftigung erreichen und damit zugleich „demographische Anpassungsprozesse“ auslösen wolle, gehe es nicht nur um Rahmenbedingungen, Standort und Politik; es sei auch Sache der Arbeitgeberverbände, der Unternehmen, der Tarifabschlüsse, der Kompromissbereitschaft, aber auch der Konfliktfähigkeit, Wachstum zu fördern (Heuskel).

Nun ändert Wachstum nicht die Demographie; aber Demographie ist – das hat sich in den Diskussionen gezeigt – auch vom Ursprung her nichts Mathematisches. Wann endet Jugend? Wann beginnt Alter? Wann ist man ein „Greis“? Auf solche Fragen gibt es keine ewigen und allgemein gültigen Antworten. Über sie wird politisch, ökonomisch oder nach sozialen Gesichtspunkten entschieden. Oft spielt Willkür und politischer Opportunismus dabei eine Rolle. Das haben wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt. Gegen die demographische Vernunft haben wir in einer älter werdenden Gesellschaft das Alter vorverlegt und die Jugend verlängert. Hätte man die medizinischen und psychologischen Befunde berücksichtigt, hätte man andersherum entscheiden müssen.

Wenn man älteren Menschen einen Platz auf dem Arbeitsmarkt sichern will, müssen auch jene Mechanismen in Frage gestellt werden, die es nahe legen, sich – jenseits aller Leistungsfähigkeit – eher von den Älteren zu trennen. Dazu gehören in vielen Bereichen Lohn- und Gehaltsstrukturen, die ältere Arbeitnehmer teuer machen, aber auch arbeitsrechtliche Vorschriften, die – zum Vorteil der Älteren gedacht – oft gerade zu ihren Ungunsten wirken.

So plausibel in einer alternden Gesellschaft die Sorge um gut ausgebildeten Nachwuchs ist, das Bemühen um Zuwanderung und um qualifizierte Frauen, das am einfachsten zugängliche Potenzial liegt sicher in jenen, die vor der Zeit aus dem Arbeitsprozess befördert werden, zum

Teil in die Arbeitslosigkeit, zum Teil in den Ruhestand. Das setzte natürlich voraus, dass man Umdenken und „lebenslanges Lernen“ zu gelebter Praxis machen müsste.

58 – oder: Die Kritik der Urteilskraft

Kommen wir noch einmal auf Immanuel Kant, den „ehrwürdigen Greis“, zurück. Alle jene Werke, die uns spontan einfallen, wenn wir an ihn denken – die drei „Kritiken“, die „Metaphysik der Sitten“, die „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“ und die Denkschrift „Zum ewigen Frieden“ – hat er in einem Alter geschrieben, in dem er sich von der Bundesagentur für Arbeit von aller Arbeit schon hätte freistellen lassen können.

Gewiss, was ist schon die „Kritik der Urteilskraft“ – Kant schrieb sie mit 66 – gemessen an einem Computerprogramm? Wer es – als Philosoph – ablehnt, Kant mit einem Hacker zu vergleichen, kann die Frage auch anders stellen: Wie viele Immanuel Kants gehen uns schon als Frührentner verloren? Doch ist dies keine spaßige Frage: Hat jene eher stagnierende Gesellschaft, die laut nach hoch qualifiziertem Nachwuchs ruft und in der zeitgleich die Greencards scheitern, die Zeichen erkannt? Ist es nicht absurd, dass auf der einen Seite Alan Greenspan (78) eine weitere Amtszeit als oberster Währungshüter der USA – und damit als wichtigster Geldpolitiker der Welt – beginnt und auf der anderen Seite irgendein Buchhalter mit 55 im Verdacht steht, dem Job nicht mehr gewachsen zu sein?

Natürlich gibt es Buchhalter, die mit 55 nicht mehr können. Es gibt aber auch Buchhalter (oder Lehrer oder Journalisten oder ...), die haben es nie „gekonnt“. Und wahr ist auch, dass in einer Gesellschaft, die sich in stetem Wandel befindet, in der sich das Wissen alle paar Jahre verdoppelt, die frühen Jahre besonders fruchtbare Jahre sind. Doch man kann auch fragen: Sind jene hoch qualifizierten 30-jährigen Berater, die fast allesamt direkt von den Universitäten kommen, wirklich die, die wissen, wohin die Gesellschaft und die Wirtschaft gehen? Die New Economy war kein Ruhmesblatt.

Das Kolloquium hat sichtbar gemacht, dass man über dem zentralen demographischen Problem der Kinder, die nicht geboren werden, die anderen Herausforderungen nicht vergessen darf, die eine ergrauende Gesellschaft stellt. Es geht hier nicht nur um die Finanzierung der Sozialsysteme und auch nicht nur um die Frage, woher man Pfleger für die vielen Alten bekommt. Die Tatsache, dass in einer Gesellschaft Millionen Bürger leben, die an sich leistungsfähig sind, aber für die Arbeitswelt verloren und am Ende auch an ihr nicht interessiert sind, liegt wie Mehltau auf Gesellschaft und Land. Es wäre nicht so schlimm, fehlten nicht auch die Jungen.

ANHANG

REFERENTEN

Prof. Dr. Heinz Bude

Prof. Bude wurde 1954 in Wuppertal geboren. Nach dem Abitur nahm er das Studium der Soziologie, Philosophie und Psychologie an der Universität Tübingen und an der Freien Universität Berlin auf. 1978 erlangte er das Diplom in Soziologie.

Von 1978 bis 1983 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Psychologischen Institut der Freien Universität Berlin und danach Projektmitarbeiter sowie Habilitationsstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Außerdem war er als selbständiger Sozialforscher tätig.

1986 folgte die Promotion zum Dr. phil. mit einer Dissertation zur Wirkungsgeschichte der Flakhelfer-Generation. 1994 habilitierte er sich mit einer Schrift zur Herkunftsgeschichte der 68er-Generation.

Seit 1992 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hamburger Institut für Sozialforschung und seit 1997 Leiter des Bereichs »Die Gesellschaft der Bundesrepublik«.

In dieser Zeit nahm er Lehrstuhlvertretungen an der Freien Universität Berlin und an der Viadrina in Frankfurt/Oder wahr. 1996 war er Visiting Scholar am Center for European Studies der Cornell University.

Seit 2000 hat er den Lehrstuhl für Makrosoziologie an der Universität Kassel inne.

Dr. Dieter Heuskel

Dr. Dieter Heuskel wurde 1950 in Daun/Eifel geboren. Nach dem Abitur studierte er Volkswirtschaft in Bonn. Im Rahmen seiner Promotion verbrachte er drei Jahre in Westafrika und leitete dort Industrie- und Entwicklungsprojekte.

1979 erwarb er seinen Dokortitel in Volkswirtschaft. Seit 1980 ist Dr. Heuskel bei The Boston Consulting Group (BCG) tätig. Er gehört zu den Mitbegründern des Düsseldorfer BCG-Büros und hat die erfolgreiche Entwicklung des Unternehmens in Deutschland maßgeblich beeinflusst.

Drei Jahre lang, von 1995 bis 1997, leitete er die weltweite Strategie-Praxisgruppe. Seit 1998 steht er dem Management-Team Deutschland vor. Im gleichen Jahr wurde er Mitglied des höchsten internationalen Gremiums der BCG, des Executive Committee. Im Herbst 2003 wurde Dr. Heuskel für weitere drei Jahre zum Chairman des deutschen Management-Teams gewählt.

Schwerpunkte seiner Beratungsarbeit sind Gesamtstrategien für diversifizierte Unternehmen, Portfolio-Entwicklung und die Begleitung konzernweiter Veränderungsprozesse. Das Spektrum der von ihm beratenen deutschen und europäischen Unternehmen reicht von der Konsumgüter- und Stahlindustrie bis zur Telekommunikations- und Energiewirtschaft.

Dr. Heuskel ist Senior Partner und Geschäftsführer und als Vorsitzender des Management-Teams Deutschland für die allgemeine Geschäftsführung verantwortlich.

Prof. Dr. Paul Kirchhof

21.02.1943	geboren in Osnabrück
1962 - 1966	Studium der Rechtswissenschaften an den Universitäten Freiburg und München
1968	Promotion zum Dr. jur. (München)
1974	Habilitation an der Juristischen Fakultät der Universität Heidelberg für die Fächer Staats- und Verwaltungsrecht, insbesondere Wirtschaftsverwaltungsrecht, Finanz- und Steuerrecht sowie Verwaltungslehre
1975 - 1981	Ordentlicher Professor für Öffentliches Recht unter besonderer Berücksichtigung des Finanz- und Steuerrechts an der Universität Münster, Direktor des Instituts für Steuerrecht der Universität Münster
1976 - 1978	Prorektor der Universität Münster, Stellvertreter des Rektors
seit 1981	Ordentlicher Professor für Öffentliches Recht unter besonderer Berücksichtigung des Finanz- und Steuerrechts an der Universität Heidelberg, Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg
1987 - 1999	Richter des Bundesverfassungsgerichts, Mitglied des Zweiten Senats
1976 - 2001	Vorstandsmitglied in der Deutschen Sektion der Internationalen Juristenkommission, Vizepräsident
1984 - 1999	Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
seit 1999	Vorsitzender der Deutschen Steuerjuristischen Gesellschaft
seit 1994	Mitglied der Ständigen Deputation (Vorstand) des Deutschen Juristentages
2000	Neugründung der Forschungsstelle Bundessteuergesetzbuch im Institut für Finanz- und Steuerrecht der Universität Heidelberg
seit 2002	Vorsitzender der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentages

Dr. Heinz Klinkhammer

Dr. Klinkhammer wurde 1946 geboren. Nach seinem Abitur studierte er Rechtswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre und promovierte 1977 an der Freien Universität Berlin zum Dr. jur.

Seine berufliche Laufbahn begann Dr. Klinkhammer am Institut für Deutsches und Europäisches Arbeits-, Sozial- und Wirtschaftsrecht in Berlin. Anschließend war er Richter an den Arbeitsgerichten in Krefeld und Oberhausen.

Von 1979 bis 1990 wirkte er in verschiedenen leitenden Funktionen im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, zuletzt als Leiter der Zentralabteilung.

1991 wurde Dr. Klinkhammer zum Arbeitsdirektor der Hüttenwerke Krupp Mannesmann GmbH bestellt. Seit April 1992 war er in gleicher Funktion Mitglied des Vorstands der Mannesmann Röhrenwerke AG.

Im Februar 1996 berief der Aufsichtsrat der Deutschen Telekom AG Dr. Klinkhammer zum Vorstand Personal sowie zum Arbeitsdirektor. Daneben verantwortet er die Konzernorganisation.

Prof. Dr. Claus Leggewie

Prof. Leggewie wurde 1950 geboren. Nach dem Abitur nahm er das Studium der Sozialwissenschaften und Geschichte in Köln und Paris auf. Nach seiner Promotion und seiner Habilitation war er als Hochschulasistent in Göttingen tätig.

Seit 1989 ist er Professor für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität in Gießen. Es folgten Gastprofessuren an der Université Paris-Nanterre und am Institut für die Wissenschaften vom Menschen in Wien.

Von 1995 bis 1997 war er erster Inhaber des Max-Weber-Lehrstuhls an der New York University und bis März 1998 Faculty Fellow am Remarque Institute der New York University. Im akademischen Jahr 2000/2001 war er Fellow am Wissenschaftskolleg Berlin.

Dr. Thomas Löffelholz

Dr. Löffelholz wurde 1932 in Wiesbaden geboren. Er studierte Jura, Volkswirtschaft und Soziologie in Frankfurt/Main, Marburg und Madison/Wisc. (USA).

Von 1959 bis 1964 war er Wirtschaftsredakteur der Stuttgarter Zeitung mit dem Schwerpunkt Währungspolitik, Geld und Kredit. Von 1964 bis 1973 war er als Korrespondent der Stuttgarter Zeitung und des Hessischen Rundfunks in Brüssel zuständig für die EG und später auch für die NATO.

Von 1973 bis 1983 war er Leiter des Bonner Büros der Stuttgarter Zeitung, von 1983 bis 1995 Chefredakteur der Stuttgarter Zeitung und von 1995 bis 1998 Herausgeber und Chefredakteur der WELT.

Dr. Wolfgang Schäuble

Dr. Schäuble wurde 1942 in Freiburg geboren. Er ist verheiratet, hat vier Kinder und ist evangelisch. Nach seinem Abitur 1961 nahm er das Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften in Freiburg und Hamburg auf.

1966 legte er das erste juristische Staatsexamen ab. Danach war er Assistent an der Universität Freiburg und Beauftragter des Rektors für politische Bildung. 1970 folgte das zweite juristische Staatsexamen.

Nach seiner Promotion 1971 über ein wirtschaftsrechtliches Thema trat er in die Steuerverwaltung des Landes Baden-Württemberg ein. Von 1978 bis 1984 war er als Rechtsanwalt beim Landgericht Offenburg zugelassen.

Dr. Schäuble ist seit 1961 Mitglied der Jungen Union und seit 1965 Mitglied der CDU. 1969 bis 1972 war er Bezirksvorsitzender der Jungen Union Südbaden und von 1976 bis 1984 Vorsitzender des Fachausschusses Sport der CDU. Von 1979 bis 1982 war Dr. Schäuble Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Europäischer Grenzregionen.

Dr. Schäuble ist seit 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1975 bis 1984 war er Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarats und von Juni 1981 bis November 1984 Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Von 1984 bis 1989 war er Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes, danach Bundesminister des Inneren. Von 1991 bis 2000 war er Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, vom 7. November 1998 bis zum 10. April 2000 Bundesvorsitzender und ist seitdem Präsidiumsmitglied der CDU Deutschlands.

Dr. Schäuble war im Bundestagswahlkampf 2002 Mitglied im Kompetenzteam von Edmund Stoiber. Seit Oktober 2002 ist er stellvertretender Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und für Außen-, Sicherheits- und Europapolitik zuständig.

Renate Schmidt

Renate Schmidt wurde 1943 in Hanau geboren. Sie ist verheiratet, hat drei Kinder und ist evangelisch. Nach dem Gymnasium war sie Programmiererin, Systemanalytikerin und Betriebsrätin in einem führenden Versandunternehmen.

Frau Schmidt ist seit 1972 Mitglied der SPD. Von 1980 bis 1994 gehörte sie dem Deutschen Bundestag an. Von 1987 bis 1990 war sie stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzende des Arbeitskreises „Gleichstellung von Frau und Mann“ der SPD-Bundestagsfraktion.

Von Dezember 1990 bis Oktober 1994 war sie Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Bis zur Wahl als Spitzenkandidatin der Bayern-SPD 1994 in den Bayerischen Landtag war Frau Schmidt direkt gewählte Abgeordnete des Stimmkreises Nürnberg-Nord.

Von 1994 bis 2000 war sie Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag und von 1991 bis 2000 Landesvorsitzende der Bayern-SPD.

157

Sie ist Mitglied der Gewerkschaft HBV, der AWO, der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“, des Bund Naturschutz, der AIDS-Hilfe und des Kuratoriums des Deutschen Kinderschutzbundes.

Von 1993 bis 2002 war sie Präsidentin des Bayerischen Jugendrotkreuzes und Präsidentin der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V. Von Mai 2002 bis Oktober 2002 war sie Präsidentin des Deutschen Familienverbandes.

Seit dem 22. Oktober 2002 ist Renate Schmidt Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.